

GBZ Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

Pressemitteilung vom 22. Juni 1998

Per Fax

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Bruno Bollinger

Ladenöffnungszeiten:

Immer noch keine Verbesserungen für das Personal

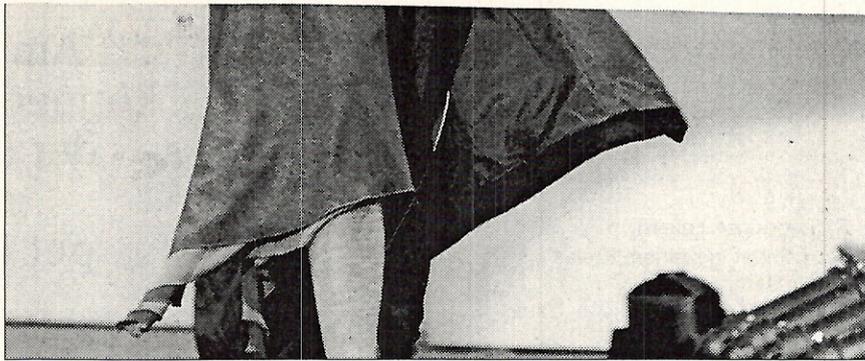
Am 23. November 1997 hat die Zuger Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Hauptgrund dieser Ablehnung war die Voraussicht, dass eine solche Verlängerung auf Kosten des Verkaufspersonals und der Detaillisten gehen würde.

Inzwischen haben etliche Geschäfte im Kanton die Ladenöffnungszeiten, im Rahmen des heutigen Gesetzes, abends bis 19.00 Uhr verlängert. Dies hat zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Das Personal hat später Feierabend und einen verlängerten Arbeitstag, weil zum Teil die Mittagspause ausgedehnt worden ist. Und diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist - nach den uns vorliegenden Informationen - in keiner Art und Weise kompensiert worden.

Nun möchte die „neue Pro Zug“ 2 Verkaufssonntage im Dezember haben. Aber auch der Stellungnahme der „neuen Pro Zug“ haben wir keine Vorschläge entnehmen können, welche Verbesserungen für das Personal vorgesehen sind. In der Auseinandersetzung über die Ladenöffnungszeiten im letzten Herbst ist ganz klar sichtbar geworden, dass vor allem in den grösseren Geschäften die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals nicht genügend sind. Tiefe Löhne, lange und unregelmässige Arbeitszeiten, unbezahlte Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Wir erwarten von den Zuger Geschäftsinhabern, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen einen anständigen Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal ausarbeiten. Gerade die „neue Pro Zug“ als Verband der Zuger Geschäfte könnte hier vorangehen.

Bis es soweit ist, bleibt die Haltung der Gewerkschaften klar: Wir werden keiner Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zustimmen, wenn diese nicht mit entsprechenden Verbesserungen für das Verkaufspersonal ausgeglichen wird.

Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Zug (GBZ)



Prix Bolero

Die 16jährige Milliardärstochter Ivanka Trump, die gerne eine Karriere als Model machen möchte, defilierte am Dienstag am 98er Credit Suisse Prix Bolero auf dem Laufsteg im Zürcher Hauptbahnhof – ausser Konkurrenz. Siegerin wurde die 21jährige Anja Brändli mit ihrer Kollektion Anja Sun Suko.

KEYSTONE

Die 8 Millionen Franken, die mit dem Randstundenkonzept hätten eingespart werden sollen, werden laut ZVV-Direktor Georg Elser nun mit weiteren Produktivitätssteigerungen hereingeholt. Eine entsprechende Vereinbarung sei mit den SBB getroffen worden. Der Leistungsausbau im Rahmen der zweiten Teilergänzung der S-Bahn, den unter anderem diese Einsparungen hätten finanzieren sollen, sei überhaupt nicht in Frage gestellt und erleide auch keine Verzögerung, sagte Elser auf Anfrage.

Auf das Randstundenkonzept werde als ganzes verzichtet, auch wenn an einzelnen Orten der Widerstand weniger gross gewesen sei. Der ZVV werde sich aber weiterhin mit der Frage von Angebot und Nachfrage zu Randzeiten in Randregionen auseinandersetzen müssen, sagte Elser.

DIALOG

Erinnerung: Der Dienst an der Gemeinde ist die Hauptaufgabe des Gemeinderates und nicht die Vertretung der persönlichen und parteilichen Interessen – sei dies sachlicher oder intellektueller Natur.

An der Gemeindeversammlung hat der anwesende Stimmbürger auch hautnah miterleben dürfen, dass in der genannten Stube auch noch andere, eigentlich für selbstverständlich angenommene Verhältnisse nicht durchwegs vorhanden sind. Die Kollegialität im Kollegialitätsgremium Gemeinderat lässt zu wünschen übrig. Ist das im Sinne der Gemeinde? Liebe Frau Gemeindepräsidentin Annemarie Staub, Sie als Vorsitzende haben es in der Hand, das Arbeitsklima wesentlich zu beeinflussen und somit auch die Effizienz ihrer Behörde. Das ist nicht alles: Seit dem politischen Rutsch bei den letzten Wahlen haben Sie als FDP-Frau bei jeder wichtigen Abstimmung im Rat das Zünglein an der Waage zu spielen, wenn der Rest der Stimmen im Verhältnis 2 zu 2 steht. Ich hoffe sehr, Sie sind sich dieser ständigen und immer grösser werdenden Verantwortung bewusst.

Zu Ihrer Verantwortung als Vorsitzende der Gemeindeversammlung gehört auch, sich neutral zu verhalten in Geschäften, die nur indirekt zu Ihrer Abteilung gehören, und nicht – wie geschehen – mit Ihrer Meinung uneini-

ge Stimmen aus dem Volk jeweils negativ zu kommentieren. Dies gehört ausserdem noch ins Kapitel «Achtung haben vor jedem einzelnen Individuum», egal welcher Rasse, Konfession und natürlich auch Partei. Dies möchte ich Ihnen mitgeben in den kommenden Wahlkampf im Herbst, und ich hoffe darauf, dass an unseren Gemeindeversammlungen weiterhin so lebhaft und engagiert diskutiert werden kann.

BEAT WEISS, EDLIBACH

Noch keine Verbesserungen

Am 23. November 1997 hat die Zuger Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Hauptgrund für die Ablehnung war die Voraussicht, dass eine solche Verlängerung auf Kosten des Verkaufspersonals und der Detaillisten gehen würde.

Inzwischen haben etliche Geschäfte im Kanton die Ladenöffnungszeiten, im Rahmen des heutigen Gesetzes, abends bis 19 Uhr verlängert. Dies hat zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Das Personal hat später Feierabend und einen verlängerten Arbeitstag, weil zum Teil die Mittagspause

ausgedehnt worden ist. Und diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist – nach den uns vorliegenden Informationen – in keiner Art und Weise kompensiert worden.

Nun möchte die «neue Pro Zug» zwei Verkaufssonntage im Dezember haben. Aber auch der Stellungnahme der «neuen Pro Zug» haben wir keine Vorschläge entnehmen können, welche Verbesserungen für das Personal vorsehen. In der Auseinandersetzung über die Ladenöffnungszeiten im letzten Herbst ist ganz klar sichtbar geworden, dass vor allem in den grösseren Geschäften die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals nicht genügend sind. Tiefe Löhne, lange und unregelmässige Arbeitszeiten, unbezahlte Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Wir erwarten von den Zuger Geschäftsinhabern, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen einen anständigen Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal ausarbeiten. Gerade die «neue Pro Zug» als Verband der Zuger Geschäfte könnte hier vorangehen.

Bis es soweit ist, bleibt die Haltung der Gewerkschaften klar: Wir werden keiner Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zustimmen, wenn diese nicht mit entsprechenden Verbesserungen für das Verkaufspersonal ausgeglichen wird.

BRUNO BOLLINGER, PRÄSIDENT
GEWERKSCHAFTSBUND ZUG (GBZ)

h77 26.6.98

BAAR

Keller-Müller, Barbara, geboren 19. Feb. 1909, von Waltenschwil AG, in Oberwil, Altersheim Müllmatt. Urnenbeisetzung: Mittwoch, 1. Juli 1998, 14.15 Uhr auf dem Friedhof St. Michael, Zug. Besammlung beim Friedhofsgebäude, Eingang Waldheimstrasse; anschliessend um 14.50 Uhr Trauergottesdienst in St. Oswald.

CHAM

Odernatt, Anna Marie (Sr. Monika), geboren 5. Sept. 1909, von Dallenwil NW, in Cham, Kloster Heiligkreuz. Die Bestattung fand am Samstag, 27. Juni, auf dem Klosterfriedhof statt.

25. Juni 1998

25. Juni 1998

Rahmen erhalten: Zuger Presse

Todesanzeigen bitte spätestens am Vortag des Erscheinungstages aufgeben.

Entweder direkt an der Poststrasse 18 in Zug, geöffnet bis 16.30.

Oder per Telefax 041 729 77 85.

Für die Montagsausgabe bitte bis Sonntag abend (spätestens 16 Uhr) in den Aussenbriefkästen der Zuger Presse an der Poststrasse 18 in Zug einwerfen.

MEINUNGEN

WALDHEIM-DEBAKEL

Spescha: Fehler oder Martyrium?

Vor kurzem beschwerte sich die SP des Kantons Zug öffentlich, dass die CVP im Zusammenhang mit dem PUK-Bericht den Rücktritt von Stadtrat Eusebius Spescha gefordert habe. Die Rücktrittsforderungen belastete eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen SP und CVP – als ob die SP sich je darum bemüht hätte – und sei ein billiges Ablenkungsmanöver von den wirklich Schuldigen.

Vorerst sei festgehalten, dass der einstimmig verabschiedete PUK-Bericht Stadtrat Spescha deutlich die Verantwortung für das Waldheim-Debakel zuschiebt. Die Mitschuld von alt Stadtrat Werder beschränkt sich auf Umstände im Zusammenhang mit der Wettbewerbsvorbereitung. Stadtrat Spescha löste 1990 Hansjörg Werder in der Wettbewerbsjury ab und war ab dann mitverantwortlich, dass das Projekt Stöckli trotz der bekannten, massiv höheren Kosten als vom Gemeinderat bewilligt, ausgewählt wurde. Weiter zeigt der Bericht klar, dass Stadtrat Spescha sich um den Verlauf der vielen Probleme, die mit dem Siegerprojekt bestanden, nicht kümmerte. Trotz mehrfacher Hinweise seitens des Ingenieurs und der mit dem Gelände vertrauten Geologen auf die sehr kritische und für das gewählte Projekt geradezu unmögliche Bodensituation, schloss er anfangs April 1992 mit dem Architekten einen Architekturvertrag ab, mit dem er völlig verfrüht Planungskosten von über 1 Million Franken auslöste. Dabei bestand keinerlei Zwang für Herrn Spescha, den Architekturvertrag vor genauer Abklärung der Bodenverhältnisse abzuschliessen oder das Projekt laufenzulassen. Auch als die Probleme durch neue Bodenuntersuchungen Mitte 1992 offenkundig wurden, stoppte Stadtrat Spescha das Projekt nicht und liess die kostspielige Planung weiterlaufen. Diese Unterlassungen Speschas kosteten die Stadt mindestens 1 Million Franken.

Der PUK-Präsident nannte dieses Vorgehen leichtsinnig und unverantwortlich. Auch die anderen Parteien haben die Handlungsweise Speschas im GGR stark kritisiert, wie im Protokoll nachzulesen ist. Die Vertreterin der FDP sagte, Spescha sei dieser Aufgabe nicht gewachsen gewesen und ortete eklatante Führungsmängel Speschas im Bauamt. Die SP-

Vertreterin bezeichnete das Handeln Speschas ebenfalls als sehr mangelhaft, weshalb sie und die SGA-Vertreterin dem PUK-Bericht auch mit ruhigem Gewissen zustimmen konnten. Insbesondere tadelte sie Spescha, weil er 1996, als die Abklärungen über die Verantwortlichkeiten des Geologen und Architekten noch völlig offen waren, mit einem untadeligen Referenzschreiben an Architekt Stöckli dem Ergebnis vorgriff und damit eine allfällige Regressnahme auf ihn verunmöglichte. Die SVP warf Spescha vor, sich seiner Verantwortung hier und in vielen anderen Fällen nicht bewusst zu sein.

Ist es nun Diffamierung, einen solchen Stadtrat zum Rücktritt aufzufordern, der in der Meinung aller Fraktionen ganz wesentlich Verantwortung trägt, dass mehr als eine Million Franken Steuergelder, ohne einen Gegenwert zu haben, hinausgeworfen wurden? Ist es nicht vielmehr richtig, von Stadträten, die immerhin ein Jahresgehalt von rund 140 000 Franken beziehen, auch verantwortliches Handeln und bei Fehlern Konsequenzen zu verlangen? Auch die SP wurde seinerzeit nicht müde, unseren Stadtrat Werder wegen einer EVZ-Saisonkarte – eines weit aus geringeren Anlasses – bis zu seinem Rückzug aus der Politik zu diffamieren.

Trotz der seit den Fehlern Speschas in der Waldheimaffäre vergangenen Zeit ist das Vertrauen in Stadtrat Spescha aufgrund seiner Reaktionen auf den PUK-Bericht und weiterer Vorfälle bei allen bürgerlichen Parteien grundlegend zerstört. Nicht ohne Grund hat der Gemeinderat mit Unterstützung aller Parteien die ISO-Zertifizierung des Baumamtes und damit eine vollständige Untersuchung der Abläufe des Baumamtes beschlossen. Denn Stadtrat Spescha war nicht in der Lage, dieses Amt in den acht Jahren seiner Amtszeit befriedigend zu reorganisieren. Wie die PUK zeigt, weist das Organisationschema des Baumamtes nach wie vor Ungereimtheiten auf, Kompetenzen sind unklar verteilt, der Informationsfluss intern wie extern mangelhaft, usw. Im übrigen sind auch seit dem Waldheim-Debakel dem Baumamt weitere kostspielige Fehler zuzuordnen.

Nicht die Rücktrittsforderung der CVP an Stadtrat Spescha belastet die Zusammenarbeit im Gemeinderat zwischen den Parteien, sondern Stadtrat Spescha selbst, der seine Verantwortung negiert, sich trotz klarer Fehlleistungen als Mär-

tyrer emporstilisiert und daraus noch eine Qualifikation als Stadtrat herleitet. Stadtrat Spescha ist unserer Ansicht nach weder fähig, das Stadtratsamt umsichtig und kompetent zu führen, noch hat er das nötige Vertrauen, das weiter als Basis für ein Stadtratsamt, insbesondere für das Stadtpräsidium, dienen könnte.

DER VORSTAND DER CVP DER STADT ZUG, PETER KÜNDIG, PRÄSIDENT

GESELLSCHAFT

Viagra rezeptfrei:

Man nehme die Niagara-Fälle, lasse die Fälle fallen, ebenso das zweite «a», setze «V» für «N», und schon ist das Viagra!

Man halte es mit Friedrich Schiller: «Ewig jung ist nur die Phantasie» (aus «Taschenbuch für Damen», Gedicht «An die Freunde»).

quod erat demonstrandum.

P. PAUL (DECKNAME, IN ZÜNFTERKREISEN NICHT UNBEKANNT)

ÖFFNUNGSZEITEN

Keine Verbesserungen für Personal

Am 23. November 1997 hat die Zuger Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Hauptgrund dieser Ablehnung war die Voraussetzung, dass eine solche Verlängerung auf Kosten des Verkaufspersonals und der Detaillisten gehen würde.

Inzwischen haben etliche Geschäfte im Kanton die Ladenöffnungszeiten, im Rahmen des heutigen Gesetzes, abends bis 19 Uhr verlängert. Dies hat zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Das Personal hat später Feierabend und einen verlängerten Arbeitstag, weil zum Teil die Mittagspause ausgedehnt worden ist. Und diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist – nach den uns vorliegenden Informationen – in keiner Art und Weise kompensiert worden.

Nun möchte die «neue Pro Zug» zwei Verkaufssonntage im Dezember haben. Aber auch der Stellungnahme der «neuen Pro Zug» haben wir keine Vorschläge entnehmen können, welche Verbesserungen für das Personal vorgesehen würden. In der Auseinandersetzung über die Ladenöffnungszeiten im letzten Herbst ist

ganz klar sichtbar geworden, dass vor allem in der grösseren Gesellschaft die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals nicht genügend sind. Tiefe Löhne, lange und unregelmässige Arbeitszeiten, unbezahlte Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Wir erwarten von den Zuger Geschäftsinhabern, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen einen anständigen Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal ausarbeiten. Gerade die «neue Pro Zug» als Verband der Zuger Geschäfte könnte hier vorgehen.

Bis es soweit ist, bleibt die Haltung der Gewerkschaften klar: Wir werden keiner Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zustimmen, wenn diese nicht mit entsprechenden Verbesserungen für das Verkaufspersonal ausgeglichen wird.

BRUNO BOLLINGER, PRÄSIDENT GEWERKSCHAFTSBUND ZUG (GBZ)

GESELLSCHAFT

Gewalt in den Schulen? Einäugige Optik

Zweierlei wäre vorweg zu bedenken. Zum ersten: Unsere Wahrnehmungen sind immer selektiv. Das heisst: Wir neigen dazu, mal mehr «ein Auge» für dieses, mal mehr für jenes «zu haben». Bloss ausschnittsweise nehmen wir die Wirklichkeit wahr, niemals umfassend. Die individuelle Gestimmtheit, von Mensch zu Mensch unterschiedliche Interessenlagen und anderes mehr führen unweigerlich dazu. Mercedes-Fahrern fallen gleichnamige Fahrzeuge eher auf. Schwangere Frauen entdecken allenthalben andere in «gleichen Umständen». Ist man traurig gestimmt, nimmt man in der Umwelt vor allem das wahr, was einem in der eigenen Stimmung bestätigt: lauter depressive Gestalten. Und sofort.

Ein zweites: Unsere heutige Zeit zeichnet sich durch eine ganz merkwürdige Faszination für das Dunkle, das Abartige, Böse aus. Unglück, Schmerz und Leid ziehen – wo man hinschaut – die Aufmerksamkeit der Menschen, fast magisch, auf sich. Mit dem Phänomen der Gewalt steht es genauso. Ob die Medien daran schuld sind, wie manche beklagen, bleibe dahingestellt. Aber dass sich damit ein ganze Menge Geld verdienen lässt, liegt auf der Hand.

Mit «Unglücke und Verbrechen» sind die einschlägigen Seiten in den Zeitungen betitelt. Wo bleibt aber Raum in

den Medien, um, mindestens ebenso ausführlich, vom Gegenteil zu berichten: Von Glück, von «der guten Fügung», von Frieden und Versöhnung? Heilsbotschaften sind jedenfalls gegenüber den Unheilsbotschaften arg ins Hintertreffen geraten.

So ist denn auch seit geraumer Zeit «Gewalt in den Schulen» ein beliebtes Thema. Zu Recht? – Ich bin seit gut 25 Jahren als Lehrer auf den verschiedensten Stufen tätig und masse mir ein Urteil an.

Dass bei gewissen Kindern – und dies durchaus in zunehmendem Masse – eine Neigung zur Gewaltanwendung festzustellen ist, will ich hier nicht bestreiten. Viel wurde in letzter Zeit darüber debattiert und publiziert. Es ist mir aber ein Anliegen, mit Nachdruck einmal auch darauf hinzuweisen, dass auf der andern Seite bei immer mehr heutigen Kindern und Jugendlichen eine, meines Erachtens, oft übersehene Bereitschaft zur Friedfertigkeit wahrzunehmen ist. Eine oftmals ganz erstaunliche Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen, ist aus meiner Optik ein geradezu auffallendes Charakteristikum unserer Kinder. Darüber hinaus stelle ich bei einer grossen Zahl ein ungewohnt hohes Mass an Toleranz und Einfühlungsvermögen fest. Immer wieder bin ich in entsprechenden Situationen über das feine Gespür für soziale Prozesse und den Willen und das Vermögen, Wege der Annäherung und Versöhnung zu finden, bass erstaunt. Da komme ich mir selber oft entschieden «minderbemittelt» vor und erlebe, dass wir von dieser Generation einiges zu lernen hätten.

Man stelle sich doch einmal plastisch vor, unter welchen Umständen viele Kinder heute in dieser spannungsreichen, multikulturellen Gesellschaft gross werden und zur Schule gehen. Schon in der frühen Kindheit sind viele unter ihnen in einem Mass mit zwischenmenschlichen Konflikten konfrontiert – ich denke da insbesondere an auseinanderbrechende Familien – wie das früher so gewiss nicht der Fall war. In kinderfeindlichen Wohnverhältnissen, ohne entsprechende Freiräume, wachsen manche heran. Dann kommt die Schulzeit, wo sie aufgefordert sind, mit verschiedensten Nationalitäten auf engstem Raum zusammenzuleben. Häufige Lehrer/innen- und Wohnortwechsel, nebst den erwählten familiären «Turbulenzen», verhindern, dass sich ein tragfähiges soziales Netz bilden kann.

Was das heisst, muss man sich einmal klarmachen, und ich sehe angesichts dieser Situation eben weniger das Scheitern als das ganz erstaunliche Bestehen vieler Kinder. Indem sie sich mit den beileibe nicht einfachen Gegebenheiten überraschend gut zurecht finden, daran ungeahnte Fähigkeiten entwickeln und auf der ganzen Breite menschlich reifen.

Was für mich jedenfalls feststeht: Wir tun Kindern und Jugendlichen heute zutiefst unrecht, wenn wir immer wieder nur lautstark bloss ihre Neigung zur Gewalt beklagen und was sie an positiven und zukunftsreichen Qualitäten aufzuweisen haben, einfach übersehen.

Wenn heranwachsende Menschen heute scheitern, sei es, dass sie gewalttätig, depressiv oder stüchtig werden, ist das vor allem ein Weckruf an uns, der gewiss dahin zu verstehen ist, dass wir uns ihnen gegenüber unvoreingenommen öffnen, für sie ein echtes und warmes Interesse zeigen. Wenn Kinder und Jugendliche übermässig schwierig werden, ist das zumeist ein Zeichen dafür, dass auf der Beziehungsebene einiges im argen liegt. Diese jungen Menschen haben ein Anrecht darauf, uns zu spüren, einen jeden in seiner eigenen Art, möglichst unverstellt. Wenn sie auf Konfrontation aus sind, ist das ein verzweifelter Versuch, uns in diese Richtung herauszufordern. Was sie erwarten: Dass wir uns profilieren, dass wir wissen, was wir wollen und warum. Die heute weit verbreitete Beliebigkeit der Ansichten und Urteile («Anything goes») ist ihnen im Herzen zuwider.

In diesem Sinne sind sogenannte «schwierige Kinder», wie man sie heute zugegebenermassen zuhauf antrifft, für die Menschen in ihrem Lebensumkreis auch eine Chance, an der Aus- oder besser Ineinandersetzung mit ihnen selbst ungeahnt Neues an sich zu entwickeln. Und daran entscheidet sich fast alles. An der Frage nämlich, ob wir als Erzieher/innen und Lehrer/innen bereit sind, in Richtung Selbsterziehung Schritte zu tun. Verweigern wir uns demgegenüber, werden sich die Kinder früher oder später zutiefst enttäuscht von uns abenden. Wenn wir uns umgekehrt der ernsthaften, das heisst von Achtung getragenen Auseinandersetzung stellen, auch gewillt sind, gewisse Spannungen auszuhalten und vor allem, den Glauben an sie nicht verlieren, kommen alle – wir und die uns anvertrauten Kinder – immer besser voran.

DANIEL WIRZ